

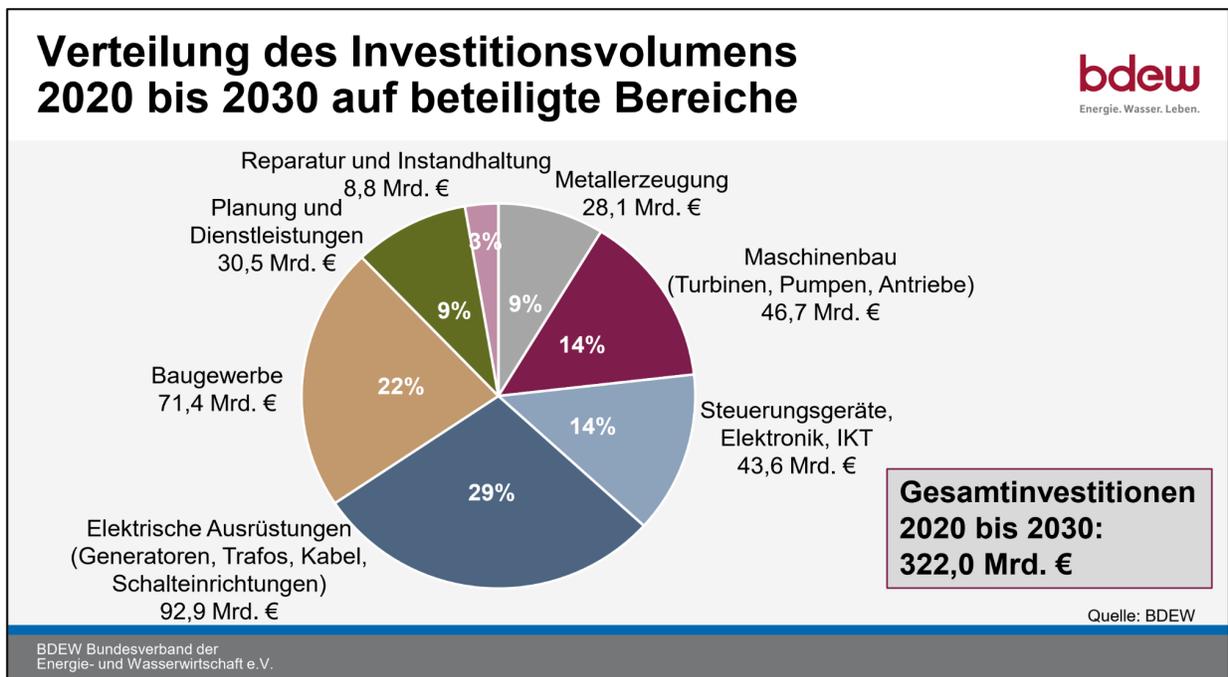
Integrierte Planung zur Transformation unseres Energiesystems

Wir fordern:

- Verpflichtung zur integrierten Infrastrukturplanung für die Energiewende als Element der Daseinsvorsorge
- Aufbau der dafür erforderlichen Planungskapazitäten und -kompetenzen auf allen Verwaltungsebenen
- Eine zentrale staatliche Agentur zur Unterstützung der integrierten Infrastrukturplanung
- Eine zentrale, öffentliche Datenbank mit allen relevanten Energie- und Infrastrukturdaten

Warum?

Infrastruktur ist eines der großen Themen in der nächsten Legislaturperiode. In den letzten Jahrzehnten wurde in Deutschland zu wenig in die Energieinfrastruktur investiert. Gerade für die Energiewende spielen die Infrastrukturen eine große Rolle: Klimaneutrale Energie wird dezentraler erzeugt, importiert und auf andere Weise transportiert und verteilt als bisher. Der BDEW avisiert einen Investitionsbedarf von 320 Milliarden Euro allein für Strom- und Wasserstoffnetze. Dazu kommen im Zuge der Sektorenkopplung Strom-, Wärme- und Wasserstoffspeicher, Wärmenetze, Elektrolyseure und andere Schnittstellen.



Die schnelle und umfassende Transformation des Energiesystems hängt entscheidend von der rechtzeitigen Bereitstellung dieser Infrastrukturen ab. Diese müssen viel schneller und effizienter als bisher geplant und umgesetzt werden. Die derzeitigen Prozesse und Strukturen sind dazu nicht geeignet und müssen reformiert werden.

Die Energiewende erfordert ein neues Planungsparadigma

Die energiewende-relevanten Infrastruktursektoren sind reif für ein neues Planungsparadigma. Dezentralisierung und Sektorenkopplung erfordern einen umfassenden neuen Ansatz, der nicht mehr nur die Versorgungsrichtung „von oben nach unten“ kennt, sondern Verknüpfungen von unten nach oben sowie zwischen verschiedenen Energieträgern und -infrastrukturen auf jeder Ebene miteinbezieht. Potenziale zur Flexibilisierung und Eigenerzeugung können rasch und zielführender genutzt werden, wenn sie über verschiedene Energieträger hinweg gedacht werden. Eine Steuerung der Versorgungssicherheit, auch auf Verteilnetzebene, unterstützt diesen Ansatz und schafft Schnittstellen – z.B. zwischen Strom und Mobilität oder Wärme und Strom. In dem dies bereits bei der Infrastrukturplanung berücksichtigt wird, kommt Tempo und Effizienz in die Transformation.

Getrennte Planungsprozesse integrieren

Heute ist die Steuerung der Infrastrukturplanung nicht auf gesamtwirtschaftliche Effizienz oder Transformation hin orientiert. Historisch gewachsen liegen die Verantwortlichkeiten bei verschiedenen Ministerien, Behörden, privaten Unternehmen und Netzbetreibern. Dies verhindert eine integrierte Planung und Kommunikation, schafft Parallelstrukturen und unklare Verantwortlichkeiten. Die Prozesse der Netzentwicklungsplanung der Betreiber verschiedener Infrastrukturen (z.B. Strom- und Gastransportnetz) sind entkoppelt. Daraus ergeben sich Anreize, die Netze unabhängig auszubauen, statt durch ein Zusammendenken Effizienzpotenziale zu heben. Es fehlen sowohl die Anreize als auch die Grundlagen für eine gesamtwirtschaftliche Optimierung.

Infrastrukturen müssen zusammen gedacht werden. Getrennte Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse für Gas, Wärme und Strom verhindern Synergien im Rahmen der Sektorenkopplung, z.B. an Stellen, wo Engpässe in einer Infrastruktur durch andere ausgeglichen werden könnten. Unabgestimmte Parallelplanungen führen zu unnötigen Kosten, unnötigem Flächenverbrauch, unnötig großen Belastungen für die Bevölkerung, unnötigem Ressourceneinsatz und verzögerter Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Die zunehmende Elektrifizierung von Verkehrs- und Wärmesektor sowie die Neuausrichtung auf einen klimaneutralen Gebäudebestand schaffen neue Planungsnotwendigkeiten. Diese Aspekte integriert zu planen kann auch die technischen Schnittstellen zwischen den Infrastrukturen herstellen und die Bauzeiten verkürzen - und damit auch die Geschwindigkeit der Energiewende erhöhen.

Klare Verantwortung für unsere Energieinfrastruktur

Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind die Kommunen im Rahmen von Daseinsvorsorge und Raumplanung für viele Planungsprozesse zuständig. Damit, sowie mit den hohen Investitionen, sind sie in vielen Fällen schon ohne Transformation bereits klar überfordert (vgl. KfW Kommunalpanel¹). Noch viel mehr wird das unter den veränderten Vorzeichen einer beschleunigten Energiewende der Fall sein. Denn die traditionellen Infrastrukturen – Wasser und Abwasser, Strom, Telekommunikation, ggf. Erdgas - werden vor Ort durch Wärme-, Wasserstoff-, Stromnetzstabilisierungs-, und Ladesäuleninfrastruktur zu ergänzen sein. Für diese Umgestaltung der Infrastrukturen, die für Klimaneutralität von Wohnen, Mobilität, Arbeiten und Wirtschaften gebraucht wird, gibt es bisher keinen Rahmen. Verbindliche Energie- und Klima-Pläne sind eine erste wichtige Grundlage, die nach einiger Erprobung in Pilotvorhaben nun die Regel werden sollen. Künftig soll eine die kommunale und regionale Energie- und Wärmeplanung Vorrang und Verbindlichkeit als Bestandteil der Daseinsfürsorge bekommen.

Transformation benötigt unabhängiges Fachwissen auf allen Ebenen

Verbindliche Planungsvorgaben sollten aggregierbar und konsistent aufeinander abgestimmt sein, so dass die Integration der verschiedenen kommunalen Infrastrukturen untereinander und auch mit den dazugehörigen, überregionalen Transportinfrastrukturen erleichtert wird. Der Weg zur Klimaneutralität erfordert genaue Ortskenntnis. Das betrifft z.B. Flächenausweisungen für Erneuerbare Energien in Abhängigkeit von den lokalen Potenzialen gehen, und muss konkrete Ziele für den innerstädtischen Energiemix, Wärmeplanungen oder neue Infrastrukturen beinhalten. Jede Kommune und jedes Land sollte die eigenen, lokalen Potenziale für erneuerbare Energien kennen und sollte verpflichtend Energieeinsparungen, Strom- und Wärmebedarf analysieren.

Eigenverantwortung der kommunalen und Landesplanungsebenen im Hinblick auf erneuerbare Infrastruktur einfordern

Bisher bearbeiten die jeweiligen Planungsbehörden Klimaneutralitätsthemen allenfalls freiwillig, und werden nur im Rahmen weniger Pilotprogramme unterstützt. Das ist unzureichend. Jede Kommune und jedes Land sollte verpflichtet werden die Transformation des Energiesystems zu planen und verbindliche Vorgaben für Aus- und Umbau zu machen. Die Erfahrung aus z.B. Wärmewende-Projekten zeigt, dass für gebietsspezifische Transformationsprojekte "Kümmerer" (z.B. Klimaschutzmanager, Quartiersmanager, Campusmanager etc.) notwendig sind. Diese Funktion muss systematisch (d.h. flächendeckend und mit Planstellen auf kommunaler Ebene) abgedeckt werden, um die nötige Geschwindigkeit und Konsistenz für die Transformation bereitzustellen. Hierfür müssen die Mittel bereitgestellt werden.

¹ <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html> - eine regelmäßige Erhebung der Bedarfe auf kommunaler Ebene

Eine neue Agentur für Geschwindigkeit und Effizienz in der Transformation

Es gilt also, mit funktionierenden Institutionen ein verlässliches Umfeld für Infrastrukturinvestitionen zu schaffen um die Umsetzung bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Systemsicherheit, Effizienz und Transformations-Geschwindigkeit zu ermöglichen. Neben den lokalen Planungskapazitäten fehlt aktuell auch bundesweit ein neutraler Verhandlungsraum, in dem sektorübergreifend Synergien betrachtet und der passende Infrastrukturmix abgeleitet werden kann. Als Teil der Lösung schlagen wir eine **Transformationsagentur** für das deutsche Energiesystem vor.

Die Agentur soll nicht als Regulator auftreten, sondern als Ermöglicher der Optimierung. Sie soll die Vorgaben auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene so entwickeln, dass sie die effiziente, sichere und klimaneutrale Gesamtversorgung sicherstellen, und zwar abgestimmt mit europäischen Nachbarländern und -regionen. Neben der Entwicklung der Planungsvorgaben muss die Agentur auch die für die Planungen Verantwortlichen mit Umsetzungshandreichungen und praktische Planungshilfe unterstützen.

Das Leitprinzip soll „solidarische Subsidiarität“, nicht Problemabwälzung sein. Die Planungsvorgaben und -ergebnisse sind mittels gesamtwirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Analyse zu bewerten, und unterliegen der Regulierung durch die einschlägigen Behörden.

Auf Bundesebene schafft unabhängiges Fachwissen bei der Transformationsagentur einen technischen Gegenpol im politischen Diskurs über die Ziele der Energiewende, sowie bei regulatorischen Fragen der Gesetzesreformen (EEG, KWKG). Auch auf Ebene der Länder und Kommunen kann eine unabhängige Agentur einspringen und die Erstellung der integrierten Infrastruktur- und -raumplanung unterstützen.

Kommunikation schafft Akzeptanz für den Umbau der Infrastrukturen

In der Zukunft wird eine viel größere Zahl an direkt betroffenen Akteuren in die Planungsprozesse einzubeziehen sein, denn neben den „großen“ Übertragungsinfrastrukturen werden zunehmend auch dezentrale Infrastrukturelemente ausgebaut.

Transformation funktioniert nur mit allen für alle. Die Agentur wird auch Sitz einer bundesweiten Informationsplattform für BürgerInnen, Entscheidungsträger und Planer. Mit Kommunikationsangeboten kann der lokale Dialog als Brücke zu lokalen Stakeholdern unterstützt werden. Ziel ist, die Energieinfrastruktur mit den Bürger:innen statt an ihnen vorbei zu planen.

Infrastrukturplaner brauchen Zugang zu Daten und Informationen

Ein offener Zugang zu umfassenden und standardisierten einheitlichen Daten und Informationen vereinfacht die integrierte Planung und ermöglicht höhere Effizienz durch Transparenz. Planungen und existierende Infrastrukturen müssen transparenter gemacht werden, soweit dies unter Sicherheitsgesichtspunkten vertretbar ist.

Eine wichtige Aufgabe der Agentur ist daher die koordinierte Vorhaltung von energiewirtschaftlichen und infrastrukturellen Daten. Dazu gehören z.B. Geodaten aber auch Markt- und Verbrauchsdaten, die zum allergrößten Teil heute bereits veröffentlicht werden müssen, aber schwer zugänglich sind. Die Agentur wird sie bündeln und aufbereiten, sowie weitere relevante Daten erheben und auswerten. Markt- und Netzdaten, Geodaten, Potenziale für Erneuerbare Energien sowie Daten zu Erzeugung und Verbrauch schaffen nicht nur Transparenz für alle Akteure, sondern können die Grundlage für weitere Innovationen und Geschäftsmodellen in der Energiewirtschaft sein.

Quellen:

[https://www.boell.de/sites/default/files/2020-](https://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Infrastrukturatlas%202020.pdf?dimension1=ds_infrastrukturatlas)

[11/Infrastrukturatlas%202020.pdf?dimension1=ds_infrastrukturatlas](https://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Infrastrukturatlas%202020.pdf?dimension1=ds_infrastrukturatlas)

<https://www.bdew.de/service/stellungnahmen/konjunkturimpulse-der-energiewirtschaft/>

Entwurf des Bundesvorstandes der Grünen zum BT-Wahlprogramm